

Haushaltssitzung – Rede OB

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Stadträtinnen und Stadträte,

ich will jetzt keine lange Grundsatzrede halten, sondern ich will noch einmal auf einige Punkte eingehen, die man wissen sollte, wenn man den Haushalt verstehen will.

Herr Westphal hat vorige Woche mal so ein dickes Papier hochgehalten, und darauf hingewiesen, wie kompliziert der Haushalt ist und wie schwierig es für die Stadträte ist, da durchzusteigen.

Ich will jetzt einmal ganz trivial erklären, wie komplikationslos der Haushalt eigentlich ist. Sie finden in Anlage 10, Seite 14 den Gesamtfinanzhaushalt. Da gibt es die Spalte 16, Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit, d. h. alle Verwaltungstätigkeiten – Einnahmen und Ausgaben, die wir haben – müssen ein Plus ergeben. Wenn es da kein Plus gibt, hat man schon verloren. Wir hatten im Entwurf des Haushaltes dort bisher 15 Mio. Euro Plus stehen und nur mit diesem Plus aus der Verwaltungstätigkeit kann man mit eigenen Mitteln investieren oder tilgen. Wenn da ein Minus steht, geht beides nicht. Wenn ich kein Plus habe in der Verwaltungstätigkeit, Spalte 16, kann ich weder investieren noch tilgen.

Wir hatten die 15 Mio. Euro Plus, die sind jetzt verschwunden durch die 17 Mio. Euro, die wir ja vom Land nicht bekommen. D. h. formal gesehen, könnte dann bei der Investitionstätigkeit aus eigenen Mitteln auch Null stehen. Dort steht auch Null und wir investieren lediglich mit der Investpauschale des Landes die 12 Mio. Euro und holen uns damit weitere Fördermittel. Die Gesamtsumme beträgt 28 Mio. Euro für 2015. Alles Landesmittel! Kein einziger Euro von der Stadt. Und damit erhöht auch nicht der Abschreibungsbedarf, weil Sonderposten und Investitionstätigkeit sich die Waage halten.

Dann kommt der dritte Teil, dass aus den Erträgen der Verwaltungstätigkeit getilgt werden könnte. Das ist aber nicht mehr möglich, denn diese sind ja schon aufgebraucht durch den Minusbetrag. Also ist die Tilgung, die im Haushaltsplan in Höhe von 22 Mio. Euro enthalten ist, ein einfaches Umwandeln von Krediten in Kassenkredite. Mehr nicht. Das ist die ganz triviale Botschaft dieses Haushalts. Ich kann weder investieren mit eigenem Geld, noch tilgen. Nach der Systematik geht es nicht mehr.

Wie kommt es dazu, dass wir jetzt durch das Land in diese Situation – das will ich anhand einiger Folien erläutern – kommen.

Es gibt ja die Grundaussage des Landes, dass wir uns bis 2019 auf den Weg begeben müssen, endlich so gut zu sein, wie die Weststädte und auch unsere Ausgaben zu reduzieren, weil wir immer noch zu viel Geld ausgeben in Relation zu den westlichen Städten.

Jetzt habe ich hier einmal auf vier Folien die Statistik der Städtetage 2011, 2012, 2013, 2014 dargestellt. Und Sie sehen hier im Ost-West-Vergleich, Ausgaben der Verwaltung im Osten 2.433 – im Westen 2.645 2011.

2012, 2013, 2014, - hier einmal zusammengefasst - , immer das Gleiche. Das Resultat ist, dass wir 2014 2.435 Euro pro Einwohner ausgeben und die westdeutschen Städte 2.762. Das ist eine wieder größer gewordene Differenz 2014 von über 300 Euro. Das ist der Durchschnitt der Weststädte, nicht der absolute, der Durchschnitt aller Weststädte und der Durchschnitt aller Oststädte. Wenn ich die 300 Euro in Magdeburg mehr ausgeben könnte, also auf den Westdurchschnitt gehen würde, dann könnte ich in Magdeburg 2015 76,5 Mio. mehr ausgeben. D. h. unser Haushalt wäre auf Westniveau 76,5 Mio. größer. Ist er aber nicht. D. h. die Aussage, dass wir uns zu teuer verwalten, ist falsch. Die ist einfach falsch! Die Aussage ist richtig, wir verwalten uns günstiger als die Weststädte, und zwar in Magdeburg verglichen mit dem Westdurchschnitt um 76 Mio. günstiger.

D. h. wir haben schon gespart in den letzten Jahren, – um es mal auf Deutsch zu sagen – dass die Schwarte kracht. Viel mehr kann man aus einem Haushalt nicht rausholen, sonst kommt man an die Grenzen dessen, was überhaupt noch für die Stadt sozusagen an Notwendigkeit der Finanzierung da ist.

Erster Punkt: Die Aussage, dass wir uns zu teuer verwalten, ist durch die statistischen Werte des Städtetages eindeutig über Jahre widerlegt und ist falsch.

Zweite Aussage, und die ist in der Regierung im Mai und im Juni ganz weit getragen worden. Die haben alle akzeptiert und gesagt: das ist es, jetzt haben wir's. Die Aussage des Landes war: Die Kommunen in Sachsen-Anhalt haben deutlich höhere Steuereinnahmen. Das stimmt. Und darum können wir kürzen, weil, die Kommunen haben mehr eigene Einnahmen, brauchen nicht mehr so viel Geld vom Land. Hier ist die Tabelle, Herr Schwenke, die können Sie sich mal anschauen, das ist die, die Sie in Ihrem Haushalt des Landtages finden. Und zwar ist das noch die von 2014, wo die Summe für die Verwaltungstätigkeit, für alle Kommunen in Sachsen-Anhalt addiert, aufgeschrieben ist. Dabei kommt heraus, welcher Bedarf besteht. Der Bedarf 2014 3,214 Mrd. Euro. Und dann gibt es den Abzug der Netto-Transfers, das ist z. B. Theaterförderung, Sonderfinanzierung, die es für manche Leistungen gibt und Abzug der eigenen Steuereinnahmen. Für 2014 ergibt sich somit für die kreisfreien Städte als FAG Ausgangsbetrag ein Bedarf von 340 Mio. Euro. Und dann werden davon noch Sonderfaktoren abgezogen oder draufgepackt, je nachdem, wie die Berechnung gemacht wird. 2015 ist der Betrag gestiegen um 142 Mio. Euro. D. h., die eigenen Rechnungen des Finanzministeriums belegen, wir haben einen Bedarf von 142 Mio. Euro mehr als 2014. Und davon müssen Sie eigentlich 60 Mio. Euro Steuermehreinnahmen abziehen.

Dann ist das Resultat, wir bräuchten eigentlich mehr Geld und nicht weniger Geld. D. h., auch diese Aussage, dass die Steuereinnahmen, die wir haben, mehr sind, ist falsch! Das sind alles Zahlen des Landes, nicht meine Zahlen, die belegen eindeutig, die Kürzungsaussage ist grundfalsch! Ganz im Gegenteil, den Kommunen würde nach dem eigenen FAG-Gesetz mehr Geld zustehen als sie bekommen.

Und da das Ergebnis so ungünstig war, hat man jetzt gesucht, wie auf anderen Wegen Kürzungen vorgenommen werden können. Und das hat, Herr Schwenke, nichts mit Land und Stadt zu tun. Das hat nur damit zu tun, Faktoren zu suchen, wie kann ich allen Geld wegnehmen. Da wurde zuerst ein Hebesatzvergleich Ost erfunden. Der ist wieder eingesackt worden, weil er völlig Mist war. Dann ist ein Best-Practice-Vergleich gemacht worden, den gibt es noch. Und dann ist ein Vergleich gemacht worden, dass der Tilgungszuschuss reduziert werden kann, weil angeblich die Kommunen weniger zu tilgen haben, weil die ja ihren Kredit schon abgebaut haben. Die Zahlen, die Herr Zimmermann dargestellt hat, zeigen, dass das auch nicht stimmt. D. h. man hat im Sonderfaktorenbereich Größenordnungen gesucht, die geeignet sind – die vorher nicht im Gesetz waren – etwas Neues zu erfinden, damit gekürzt werden kann.

Und dann kommt dazu, wie schon von Herr Zimmermann angesprochen, die Weiterleitung der Mittel vom Bund an die Kommunen, die Herr Schwenke so gelobt hat, wie KdU und Einkommenssteuer. Die kommen nur nicht an. Weil sie in der gleichen Höhe, wie sie vom Bund an uns gegeben werden sollen, beim Land einbehalten werden. Das Land zieht die Mittel auf der einen Seite bei uns ab und schreibt sie uns durch die KdU-Erhöhung und die Steuererhöhung wieder zu. Für uns also Plus-Minus-Null. Wenn die Mittel denn so kommen in der Größenordnung, wie vorausgesagt ist, Die Zukunft wird erweisen, b das Geld auch in die kommunalen Kassen kommen wird. D. h. der Bund hat uns Mittel zukommen lassen und das war ja in der Debatte im Bundesrat – das muss man sich mal überlegen – im Bundesrat haben sich Länder und Bund geeinigt, weil es allen Kommunen in Deutschland schlecht geht, diesen zu helfen. Nur, denen in Sachsen-Anhalt wird jetzt geholfen durch Wegnahme von Geld.

Das verstehe wer will. Wie das gehen kann, wenn alle Kommunen mehr Geld bekommen sollen vom Bund, warum dann gerade in einem Land den Kommunen Geld weggenommen werden soll. Wie man das machen kann, entzieht sich meiner Logik. Ich kann es nicht nachvollziehen, aber es ist so und wird wahrscheinlich am Mittwoch auch so beschlossen werden. Mit Faktoren, die willkürlich sind, die keine Grundlage haben.

Und jetzt haben wir vor zwei Jahren bei der Einführung des FAG gesagt, dass es ein gutes Gesetz ist. Es hat nämlich den ganz großen Vorteil, dass, wenn die Steuereinnahmen der Gemeinden sinken, das Land, weil es ja den Bedarf anerkannt hat, einen Ausgleich schaffen muss. Aber auch diese Hürde fällt jetzt. Weil die Steuerschätzung vom November nicht anerkannt wird. Es wird die vom Mai belassen und die ist um 31 Mio. Euro höher als die Schätzung vom November und es wird so getan, als ob das Geld noch kommen würde und wird den Kommunen sozusagen nicht oben drauf gepackt.

Selbst die Aussage, dass uns die Steueränderungen gutgeschrieben werden, wird nicht mehr eingehalten. Wie können die das einfach machen? Da hat selbst der Rechnungshof gesagt, das ist ja unseriös! Konnte man in der Zeitung lesen. Ist es auch. Also muss ich auch eine Begründung dafür haben. Die Begründung, die von Landesseite gegeben wird, ist, dass in den letzten Jahren, in denen die Mai-Schätzung geringer war als die November-Schätzung und den Kommunen auch Geld hätte weggenommen werden müssen, dies nicht gemacht worden ist. Und es sei ja nicht gefordert worden Ja warum sollen wir das fordern? Die Zahlen zeigen, dass die Forderung auch unsinnig gewesen wäre. Weil, selbst die geringeren Schätzungen 2014 zeigen, dass die Realität immer noch nicht erreicht worden ist.

2013 und 2014 wurden 57 Mio. Euro weniger eingenommen als geschätzt worden ist. Auf der Basis der geringeren Zahlen vom Mai, nicht auf den höheren Zahlen vom November. Diese 22 Mio. Euro bekommen wir auch nicht nachgezahlt, die sind einfach weg. Und jetzt kommt 2015/16 wieder mit 30 Mio. Euro, bei denen wir unterstellen, dass sie nicht kommen – so ist die Steuerschätzung jedenfalls – aber sie werden uns nicht, wie es das System jetzt eigentlich hergeben würde, oben drauf gepackt.

Herr Scheunchen, Sie haben vorhin ein Wertepaar am Anfang gebracht und haben gesagt, die Erträge und die Auszahlungen, das ist ein falsches Wertepaar, es gibt Erträge und Aufwendungen oder Einzahlungen und Auszahlungen, die man miteinander vergleichen kann im Finanzhaushalt oder Ertragshaushalt, die anderen beiden passen nicht zusammen. Hier ist einmal die Systematik dargestellt, wo wir uns genau befinden und was jetzt die Konsequenz ist.

Wir legen einen genehmigungsfähigen Haushalt vor, der in Erträgen und Aufwendungen ausgeglichen ist – das sind aber Buchungsfragen, das ist keine Liquiditätsfrage. In Einzahlungen und Auszahlungen ist noch nicht ausgeglichen. Weil, die Konsequenz ist nämlich, dass die Differenz, die am Ende besteht, in Kassenkredite umwandeln muss. Das Land schaut dabei zu und schickt uns in Kassenkredite. Auf der anderen Seite sagt das Land wiederum, die Kassenkredite müssen genehmigt werden. Das beides zusammen ist völlig unlogisch. Das passt nicht zusammen! Wir werden in Kassenkredite geschoben, ohne wenn und aber. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

Jetzt könnte man sagen, na, warum sparen die denn nicht selber endlich mal! Wenn wir weiter sparen würden und würden die Spalte 16 wieder ins Plus bringen und sagen, wir kürzen auf der Ausgabenseite und erhöhen die Einnahmenseite, würde uns dieses beim nächsten Mal wieder abgezogen werden. Abgezogen werden, weil, wir haben ja Plus gemacht. Und da das so absurd ist, macht es im Moment wirklich überhaupt keinen Sinn mehr zu sparen. Wenn Du sparst, machst Du Deinen eigenen Haushalt immer weiter kaputt.

Es gab eine Situation im Haushalt, die hatte ein Anreizsystem. Und zwar ist ein Vergleich Ost-West-Steuer nach Deubel-Gutachten gemacht worden. Da waren wir mit den Hebesätzen, Herr Schwenke, deutlich günstiger als die Weststädte und durften deshalb als kreisfreie Städte 12,5 Mio. Euro behalten. Das ist einfach gestrichen worden. Das bezeichne ich als Willkür! Einfach gestrichen worden! Jetzt sagt man, es gibt kein Anreizsystem, es wurde rausgestrichen und ein neuer Faktor eingeführt, der die Kommunen belastet.

Wenn das nicht Willkür ist, weiß ich nicht mehr, was wir noch alles machen können. Ohne Begründung wird der Vergleich, der vor zwei Jahren gut und richtig war, der uns belohnt hat für hohe Hebesätze, einfach auf Null gesetzt. Jetzt können wir es wieder rückgängig machen. Das wird so einfach nicht sein, weil, dann müssten das dann alle drei kreisfreien Städte machen.

Und das Dritte ist, wenn Sie sich mal die bundesdeutsche Landschaft anschauen, im Statistischen Jahrbuch der Städte mit den Hebesätzen, dann sind die ersten Städte inzwischen bei 1000 Hebesatzpunkten. Unglaubliche 1000 Hebesatzpunkte! Weil sie gezwungen werden durch die Kommunalaufsicht, ihre Steuersätze ständig nach oben zu setzen, auf 1000. Wir sind bei 450, aber noch lange nicht bei 1000. Das haben wir alles schon gesagt, will ich nicht weiter drauf eingehen. Konsequenz ist jedenfalls, wir werden unser Eigenkapital verzehren, wenn wir so weiter machen, wir werden fast nicht mehr investieren, nur noch um 20, 30 Mio. herum, und werden weitere Kassenkredite aufbauen. Das ist unweigerlich! Ich finde keinen Ausweg aus dem System. Es gibt keinen Ausweg.

Alles was sie machen, führt zu dem gleichen Ergebnis, wir kommen in weitere Schulden rein. Und darum muss das FAG nachgesteuert werden. Und zwar sinnvoll nachgesteuert werden, z. B. dass man sagt, wenn in der Spalte 16 Plus gemacht wird um damit tilgen und investieren, darf ihnen das nicht weggenommen werden. Ist doch ganz einfach! Ist doch ganz trivial, festzulegen, dass das, was da an Plus entsteht, wenn es investiert und getilgt wird, nicht weggenommen wird.

Nein, es wird sogar beim Tilgungszuschuss reduziert, was dazu führt, dass man weiterhin Kredite stehen lässt. Auf lange Zeit Zinsen zahlen muss. Die Zinsen werden dann aber beim Aufwand beim Land anerkannt. D. h. man schießt sich ins eigene Knie, weil man damit Zahlungen sozusagen die nächsten Jahre schiebt, die gemacht werden müssen und die uns allen gemeinsam nicht helfen.

Hier habe ich nochmal ein Bild dargestellt, das kann man jetzt als Plus und Minus sehen. Das ist ein Auszug aus dem Handelsblatt und da hat das Handelsblatt mal verglichen und hat das überschrieben mit „reiche und arme Städte“. Hat aber lediglich die echten Kredit-schulden genommen, pro Einwohner. Da stehen links die 30 reichsten Städte Deutschlands und siehe da, wir sind auf Platz 14! Magdeburg ist auf Platz 14. Mit 791 Euro pro Einwohner Schulden, sind wir auf Platz 14. Wir gehören zu den 30 reichsten Städten. Das wird den Finanzminister freuen, ‚Hab ich’s doch gewusst! Was jammern die da rum, da kann ich doch weiter kürzen und kann das Geld auch weiter reduzieren, wenn die so gut da stehen, dann kann man das weiter machen.‘

Und es ist mir sogar schon mal gesagt worden. 2012 war ich in der Staatskanzlei in der Diskussion mit vier Ministern und da ist uns vorgehalten worden, was hier rechts unten steht, das sind die NRW-Städte, die haben 8000 Euro pro Einwohner Schulden, echte Kreditschulden. Da war die Bemerkung gemacht worden ‚was habt Ihr eigentlich, in NRW ist das alles doch viel, viel schlimmer. Ihr seid noch lange nicht da, wo NRW schon jetzt ist.‘

Und darum ist jetzt natürlich die Konsequenz, jetzt schicken wir sie auf den Weg nach NRW! Da wollen wir hin. Da haben wir noch viel, viel Zeit. Da können wir noch mehrere Landesregierungen überwintern, ehe wir bei 8000 sind, haben wir noch eine ganze Menge Tunnel zu bauen, Herr Meister, um diese Schulden hinzukriegen. Da können wir den wirklich bis zur Elbe verlängern. Also, weit, weit entfernt von 8000 Euro pro Einwohner.

Jetzt zum Ernst zurück: Es ist natürlich nicht unser Ziel, das zu machen! Das ist nicht unser Ziel, da hin zu kommen. Aber trotzdem sind wir im Moment in einer ganz großen Klemme, weil wir keine sinnvollen Entscheidungen mehr treffen können, die uns nicht selber wehtun. Also muss man doch jetzt in der Debatte einmal wirklich ernsthaft dazu kommen, um dieses Gesetz so zu machen, so zu konzipieren, dass man damit auch vernünftig leben kann. Da das aber nicht gewollt ist, weil man einfach als absolutes Dogma hat, dass der Landeshaushalt auch ausgeglichen sein muss, haben wir keine Chance.

Und jetzt haben wir da gestanden auf dem Domplatz, die Bilder sind gezeigt worden, haben protestiert, hatten vorige Woche Montag Präsidiumssitzung im Städte- und Gemeindebund und da war von allen Bürgermeistern zu hören, ‚Jetzt haben wir’s aber gekonnt, keiner spricht mehr mit uns.‘ Die Bürgermeister sind im Land nicht mehr gelitten, brauchen gar nicht mehr vortragen, erzählen sowieso nur dummes Zeug, stimmt alles nicht, was die erzählen und am besten ist, mit ihnen nicht reden, nicht argumentieren, sondern erstmal am Mittwoch beschließen und dann sehen wir weiter, wie es wird.

Das ist eine Situation, die ich wirklich für misslich halte. Trotzdem werden wir im nächsten Jahr, so gut es geht, das steuern können, werden auch investieren, aber nicht in der Größenordnung, wie wir es gerne hätten.

Jetzt mache ich noch zwei Bemerkungen zu dem, was Herr Scheunchen gesagt hat, der ja heute hier ins Rennen geschickt worden ist von Herrn Theile. Ich dachte, er trägt uns seine Visionen vor, was wir alles im Haushalt nächstes Jahr anders machen werden und wie das sozusagen vorgetragen wird, damit man heute ein Stückweit etwas lernen kann für die Zukunft, aber hat er nicht gemacht, er hat Herrn Scheunchen vorgeschickt.

Und Herr Scheunchen hat gesagt, dass wir im Kita-Bereich falsche Prioritäten setzen. Das müssten Sie mal genauer sagen, was Sie damit meinen. Ich habe nichts gefunden, wo wir irgendeinen Euro im Kita-Bereich kürzen oder sperren oder sparen. Ganz im Gegenteil! Alles, was wir brauchen, wird finanziert. Es gibt keinen einzigen Euro, den irgendeine Einrichtung nicht bekommt. Das wird alles finanziert. Und das, was das Land im Moment nicht finanziert, finanzieren wir vor. Es gibt keinerlei Kürzungen im Kita-Bereich. Und wenn Sie dann sagen, Sie können dem Haushalt nicht zustimmen, weil einige Punkte nicht erfüllt sind, würde ich doch erstmal bitten, dass die Punkte vorgetragen werden, die Sie gerne anders haben möchten, damit wir uns darüber unterhalten können, ob man die nicht noch ändern kann. Also, ich hab nicht gehört, dass gesagt wurde, substantiell hab ich den Antrag, das muss geändert werden, damit es besser wird, damit der Haushalt ausgeglichen wird. Das habe ich nicht verstanden oder nicht gehört. Aber dann zu sagen, ich stimme dem nicht zu, ist etwas einfach.

Denn die Konsequenz ist doch, wenn wir dem Haushalt nicht zustimmen, dass wir dann ab Januar/Februar nicht weiter kommen, nicht weiter investieren können. Das würde jetzt zwar einigen gut passen, was den Tunnel betrifft, aber es gibt eben mehr. Es gibt Schulen, es gibt Kindergärten, die wir bauen wollen im nächsten Jahr, fünf Kindergärten, die wir bauen wollen. Die haben nichts mit der Situation der Stadt zu tun, sondern das sind einfach die Ersatz-Kitas, da ziehen die freien Träger rein, da werden wir uns nicht sozusagen als eigene Betreuung drum kümmern müssen. Das kommt dann erst 2022 oder später, je nachdem wie lange das Programm jeweils dauern wird.

Ich glaube jedenfalls, dass wir mit dem Haushalt, soweit wir das jetzt machen konnten und in der Schnelle auch reagieren können, etwas Vernünftiges vorgelegt haben, das man hier auch beschließen kann, damit die Stadt im Januar und Februar, wenn wir die Genehmigung bekommen, auch weiter agieren und leben kann. Und von daher vertraue ich wie jedes Jahr, seit 14 Jahren, auf die Vernunft der Mehrheit und bin mir auch sicher, dass die Mehrheit den Haushalt beschließen wird, damit es in der Stadt Magdeburg auch weitergehen kann, trotz der geringeren Investitionsgröße. Aber daran müssen wir arbeiten und da stimme ich Herrn Zimmermann ausdrücklich zu. Das haben wir auch abgestimmt.

Wir werden nicht umhin können, in den nächsten Jahren Investitionen über Kredite zu finanzieren. Und wenn überhaupt – das sage ich nochmal – dann jetzt! Dann jetzt bei den günstigen Zinsen, indem man die Verträge auf zehn Jahre abschließt, mit einem Zins von um die 2 % und dann versucht, wie bei dem STARK III-Programm des Landes ja auch, in zehn Jahren wieder zu tilgen. Das ist genau die gleiche Philosophie, da muss in zehn Jahren wieder getilgt sein, nicht in den nächsten 100 Jahren, sondern in zehn Jahren. Und dann kann man das auch machen. Ich glaube, es ist die richtige Zeit jetzt zu investieren. Das hilft der Wirtschaft, das hilft allen in der Stadt und von daher werden wir das in den nächsten Jahren auch machen müssen.

Schönen Dank und auf weiter gute Mitarbeit!